



Analysen und Argumente aus der Konrad-Adenauer-Stiftung

6/2003

12.12.2003

„Das Soziale neu denken“

Ein Papier der deutschen Bischöfe zur Reform der sozialen Sicherungssysteme

Am 12. Dezember 2003 hat die Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz unter Vorsitz des Hildesheimer Bischofs Josef Homeyer ein Papier für eine langfristig angelegte Reformpolitik der sozialen Sicherungssysteme vorgelegt, in dem ausgehend von einer allgemeinen Lagebeschreibung der Krise des deutschen Sozialstaats eine Analyse des gegenwärtigen Reformstaus vorgenommen und in einem zweiten Schritt allgemeine Leitlinien und konkrete Vorschläge zur Reform entworfen werden.

Inhalt

1. Zentrale Empfehlungen	Seite 2
2. Zentrale Ergebnisse	Seite 2
3. Analyse	Seite 3
4. Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung	Seite 5

1. Zentrale Empfehlungen

Der vorgelegte Text der bischöflichen Expertenkommission gibt der Reformdebatte in Deutschland die Empfehlung, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Langfristigkeit in den Mittelpunkt zu rücken. Er ist insofern gut dazu geeignet, die politische Argumentation der Union im Sinne des „C“ und der Gründungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft schärfer zu akzentuieren. Es wird empfohlen, diese Anregungen im politischen Tagesgeschäft, soweit möglich, auch zu nutzen.

2. Zentrale Ergebnisse

Am 12.12.03 haben der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Lehmann, der Vorsitzende der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen, Bischof Homeyer, und der Trierer Bischof Marx in Berlin einen Text der Öffentlichkeit vorgestellt, der sich mit der Überwindung des Reformstaus in Deutschland und mit den Leitlinien zukünftiger Reformen des Sozialsystems befasst.

Der Text „Das Soziale neu denken“ ist in den vergangenen Monaten unter der Verantwortung von Bischof Homeyer in einer Arbeitsgruppe entstanden, der u.a. Warnfried Dettling, Franz-Xaver Kaufmann, Paul Kirchhof, Hans Tietmeyer und Hans Zacher angehörten.

Der Text hat vier Teile:

1. Er ist zunächst eine allgemeine Lagebeschreibung der grundlegenden Herausforderungen des bundesdeutschen Sozialsystems. Als die wesentlichen Herausforderungen werden der demographische Wandel, die Erosion der Solidarität durch den Sozialstaat und die strukturelle Arbeitslosigkeit gesehen.
2. In einem nächsten Schritt wird nach den Ursachen gefragt, warum in Deutschland die Abwendung der Krise des Sozialstaates anders als in Ländern wie Schweden, Niederlande und Großbritannien (sic!) so schwierig sei. Dies wird zum einen erklärt mit dem typisch deutschen Korporatismus und seiner Herausbildung von Partikularinteressen, die sich gegenseitig neutralisieren. Als weitere Ursachen werden der Fehlwuchs des föderalen Systems, die Verengung der Sozialpolitik auf Verteilungsfragen und die Froschperspektive, in der die Politik agiert, angeführt. Die Autoren sehen dementsprechend zweierlei kardinale Formen von Ungleichgewichtigkeit in

der gegenwärtigen Reformpolitik: Zum einen die Dominanz von wohl organisierten Verbandsinteressen (nicht *expressis verbis* genannt: Gewerkschaften) gegenüber nichtorganisierten Interessen wie denen von Arbeitslosen, Familien, Kindern etc. Zum anderen die Bevorzugung kurzfristiger Aktionen gegenüber langfristigen Weichenstellungen.

3. Die Experten der Kommission entwerfen drei Leitlinien für zukünftige Reformen: Sie müsse den Menschen zum Ziel haben, nicht das System. Sie müssen Subsidiarität fördern, und sie müssen „integral“ sein, d.h. die verschiedensten Bereiche zugleich im Auge behalten.
4. Konkret schlagen die Autoren folgende Massnahmen vor:
 - „Nachwuchsförderung“ durch eine Reform der Familienpolitik und der Bildungspolitik: Es wird betont, wie wichtig Kinder für die Gesellschaft insgesamt, aber auch für die Stabilität der Sozialsysteme sind. Die Autoren geben ein Plädoyer für die Förderung der Familie durch finanzielle Leistungen, Beitragsentlastungen und rechtliche Sicherungen ab. Des weiteren fordern sie mehr Engagement in der Bildungspolitik, insbesondere zur Beseitigung der Spreizung im Leistungsspektrum der Schüler und der Förderung desintegrierter Jugendlicher.
 - Reform des Föderalismus in Richtung einer echten Aufgabenteilung und größerer Subsidiarität
 - Schaffung unabhängiger Prüfungsinstanzen für soziale Fragen: Zentrales Element ist der neue Vorschlag eines sog. „Sozialstaats-TÜV“, d.h. eines regelmäßigen wissenschaftlichen Berichts- und Konsultationswesens zur Beurteilung der sozialen Lage in Deutschland und der Wirksamkeit von sozialstaatlichen Maßnahmen. Die Autoren greifen dabei auf das Vorbild des Jahresgutachtens des Sachverständigenrats zurück.

3. Analyse

Insgesamt ist der Text eher vernünftig als aufregend, er fasst die in der Öffentlichkeit mit wachsender Umlaufgeschwindigkeit kursierenden „richtigen“ Überlegungen zur Frage des Umbaus der Sozialsysteme zusammen und mahnt zu Um- und Weitsicht. Damit ist er aber auch für kirchliche Texte bemerkenswert nüchtern und realistisch. Die Autoren bewegen sich auf gleicher Augenhöhe im politischen Diskurs.

Dies zeigt sich auch durch die Neutralität der Sprache und des Duktus. Kirchliches und Religiöses ist dem Text fast gänzlich fern (lediglich in einem Passus

erfolgt ein Hinweis auf eine Enzyklika Johannes XXIII. und die Gottesebenbildlichkeit des Menschen). Man will also offenbar die „Anstößigkeit“ von Verweisen auf genuin Christliches vermeiden und lässt dies nur von Zeit zu Zeit anklingen. Auch steht eher die Verbesserung des staatlichen Gefüges, der Sozialstaatsprozesse und der Verfahren als die Ungerechtigkeit der jetzigen gesellschaftlichen Umstände im Vordergrund. Die Position der Kirche wird dadurch allgemein rezeptionstauglicher, aber auch verwechselbarer. Was aber aufforchen lässt, ist die eindeutige Option für Kinder, die unter dem Stichwort „Nachwuchsförderung“ über bisherige wohlfeile Appelle hinausgeht.

Politisch gesehen folgt dieser Text der durch Bischof Homeyer vorgegebenen Linie, die schon durch den Text „Mehr Beteiligungsgerechtigkeit“ von 1998 deutlich wurde und im Kontrast zum besonders von Sozialdemokraten instrumentalisierten Sozialwort der Kirchen von 1997 steht. Die Zusammensetzung des Expertengremiums ist überparteilich, wenn auch mit Paul Kirchhof und Hans Tietmeyer bekannte Persönlichkeiten vertreten sind, die der Christdemokratie nahestehen.

Mit dem Text ist sicher nicht „die“ Kirche, aber der gesellschaftspolitisch aktive und sensible Teil von ihr ganz in der nüchternen Wirklichkeit von Sozialstaatsumbau, Niedriglohnsektor und Notwendigkeit zur Rückkehr zur „wahren“ Sozialen Marktwirtschaft angelangt. Für die Union ist es jedenfalls keine schwere Übung, das Wasser dieses Textes auf ihre Mühlen zu leiten. Allerdings darf man erwarten, dass die Bundesregierung mit ihrer gegenwärtigen Reformrhetorik wahrscheinlich schon vorher die Hälfte des Wassers abgegraben haben wird.

Es bleibt aber dennoch für die Union eine wichtige Aufgabe, die Überlegungen des Textes in die eigene Argumentation zu übernehmen und der Umbaurhetorik die dort erkennbare Farbe der Gerechtigkeit zu geben. Denn dies ist vielleicht der entscheidende Impuls des Textes: Er ist ein Appell dafür, die notwendige Reformpolitik nicht nur in der Sache, sondern auch in der Außendarstellung am Maßstab der Gerechtigkeit und der Nachhaltigkeit auszurichten. Dies dürfte der Union wesentlich leichter fallen als der Regierung, weil die in dem Text ausgelegten Gerechtigkeitselemente zu ihrer ureigenen Programmatik gehören und in die Entstehungszeit der Sozialen Marktwirtschaft, auf Eucken, Müller-Armack und Ludwig Erhard zurückweisen. Die Sozialdemokratie dagegen trägt im Augenblick eine schnittige Reform-Mode, die zu ihrem etatistisch-wohlfahrtsstaatlichen Leib nicht so recht passen will.

Die Einzelvorschläge sind im Unterschied dazu zwar bedenkenswert, aber sind entweder bereits bekannt (z.B. Föderalismus-Reform) oder setzen zuviel Hoffnung in die zentrale Steuerbarkeit des Umbruchs durch Expertengremien.

**Ihre Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung
Hauptabteilung Politik und Beratung:**

Dr. Johannes Christian Koecke
Koordinator Religion und Wertorientierung
Rathausallee 12
53757 St. Augustin
christian.koecke@kas.de
02241-246-623

Matthias Schäfer
Koordinator Wirtschaftsordnung und
Wirtschaftspolitik
Landgrafenstr. 14
10787 Berlin
matthias.schaefer@kas.de
030-26996-515